FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

Call for Papers

Heft 1/2016

Moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung in globalisierten Arbeits- und Geschlechterverhältnissen (Arbeitstitel)

Seit Inkrafttreten der ILO-Konvention über Arbeitsrechte im Jahr 1998 konnten laut International Labour Organization (ILO) weitreichende Fortschritte bei der Abschaffung von Zwangsarbeit gemacht werden. Nichtsdestotrotz schätzt die ILO die Zahl der Menschen, die sich in erzwungenen Arbeitsverhältnissen befinden, auf 21 Millionen (ILO 2014). Der Begriff der modernen Sklaverei hat sich dabei als weit gefasster Oberbegriff für Zwangsarbeit, erzwungene sexuelle Ausbeutungen sowie einige Formen der Kinderarbeit herausgebildet (ILO 2014, 3). Auch Menschenhandel, der auf sexuelle Ausbeutung oder Zwangsarbeit abzielt, fällt unter diesen Begriff. Die ILO definiert Zwangsarbeit als „all work or service which is exacted from any person under the menace of any penalty and for which the said person has not offered himself voluntarily“ (ILO C.29, Art. 1, zitiert in ILO 2014, 3). Wir benutzen neben dem Begriff der modernen Sklaverei auch den der extremen Ausbeutung, um auch Sklaverei-ähnliche Arbeitsverhältnisse einzuschließen. Bei beiden Begriffen steht der menschliche Körper als multivalentes Kapital im Mittelpunkt, der dabei physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt ist (Bales/Soodalter 2009).

Mädchen und Frauen sind mit 55% von Sklaverei und extremer Ausbeutung stärker als Jungen und Männer betroffen (ILO 2014). Da in den Zahlen Zwangsehen nicht enthalten sind, muss das wirkliche Ausmaß für Mädchen und Frauen noch größer geschätzt werden. Weltweit werden nach konservativen Schätzungen 150 Milliarden US-Dollar pro Jahr als Gewinne durch Zwangsarbeit erzielt (ILO 2014, 13).

Mit dem geplanten Schwerpunktheft möchten wir feministische Perspektiven auf moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung in globalisierten Arbeits- und Geschlechterverhältnissen theoretisch und empirisch diskutieren, in dem wir uns dem Thema anhand von drei Schwerpunkten nähern, die eng miteinander verbunden sind: Ökonomie, Macht und Recht.

Femina Politica

Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft
Verlag Barbara Budrich
redaktion@femina-politica.de

www.femina-politica.de
<https://www.facebook.com/FeminaPolitica>
<http://www.budrich-journals.de/index.php/feminapolitica>

Ökonomie

Moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung sind ohne Zweifel Bestandteile kapitalistischer Wirtschaft, ihr spezifischer Status jedoch ist umstritten: Handelt es sich um notwendige Bedingungen für die Aufrechterhaltung unserer aktuellen globalisierten kapitalistischen Wirtschaft, oder sind moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung ‚lediglich‘ als Charakteristika moderner globalisierter Gesellschaften zu begreifen? Wie genau bauen Wertschöpfungsketten im Kapitalismus auf moderner Sklaverei und extremer Ausbeutung auf? Wie wird das Verhältnis zwischen dem Einsatz von Maschinen und dem Einsatz von Arbeitskräften diskutiert? In Teilen der Forschungsliteratur wird Globalisierung und Bevölkerungswachstum zu den wichtigsten Bedingungen für moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung gerechnet (Bales 2000, Wirz 1984). Im Kontext des globalisierten Kapitalismus wird eine Zunahme an potenziellen Arbeitskräften als Möglichkeit ihrer verstärkten Ausbeutung gesehen. Rassistische Begründungen für Ausbeutung träten dabei in den Hintergrund, wobei faktisch nach wie vor mehrheitlich Menschen aus dem Globalen Süden und nicht aus dem Globalen Norden ausgebeutet werden.

Welche Produkte und Dienstleistungen werden von versklavten und extrem ausgebeuteten Menschen hergestellt und erbracht? Welche Rolle spielt sexuelle Ausbeutung im globalisierten Kapitalismus? Wer profitiert von den erwirtschafteten Werten? Und wie werden durch Formen der extremen Ausbeutung Geschlechterverhältnisse möglicherweise verschoben?

Hier gilt es nach den Profiteur_innen der Ausbeutungsverhältnisse zu fragen. Auch das Machtverhältnis zwischen Dienstleistungsnehmer_innen und Dienstleistungserbringer_innen, das, wie Forschungen zur Global Care Chain zeigen, nicht zuletzt eine transnationale rassistische/ethnisierte Ausbeutungsstruktur zwischen Frauen bedient, kann hier Gegenstand sein. Während im Zuge der Globalisierung (vorwiegend weiße) Frauen der Mittelschicht in Industrie- und Schwellenländern in gut bezahlte Jobs aufsteigen konnten, erfolgt die Reprivatisierung des Sozialen auf dem Rücken von unsichtbar bleibenden, häufig illegalisierten Hausangestellten, die damit diesen Aufstieg erst ermöglichen (Ehrenreich/Hochschild 2004).

Frauen sind also im Rahmen der informellen Hausarbeit in den Weltmetropolen wichtige Mitakteurinnen für aktuelle Genderregime (Sassen 2003; Young 1998). Sie sind aber auch wichtige Akteurinnen im Kampf gegen ausbeutende Arbeitsverhältnisse und Sklaverei, etwa als Mitglieder von NGOs und sozialen Bewegungen.

Macht

Als häufigste Form der modernen Sklaverei und extremer Ausbeutung wird laut Bales (2000) Schuldknechtschaft (debt bondage) genannt. Diese Form besteht in einer Art ‚Hineinschlittern‘ in ausbeutende Arbeitsverhältnisse. Welche politischen Strukturen tragen hierzu bei? Welche Machtkonstellationen führen dazu, dass Arbeits- und Menschenrechte nicht durchgesetzt werden? Hier gilt es auch nach Macht- und Herrschaftsstrukturen nationaler und internationaler Institutionen zu fragen, die für die Durchsetzung von Menschenrechten zuständig sind.

Unser Erachtens sind moderne Sklaverei und extreme Ausbeutung in verschiedene Praktiken der Verachtung eingebettet. Als solche Praktiken gelten patriarchal geprägte Familienstrukturen, in denen beispielsweise chinesische Töchter vom Land zur Arbeit in globalisierte Produktionsstätten in der Stadt verkauft werden (Ngai 2005) oder auch Doppelverdiener_innenhaushalte in den USA und anderen

nordwestlichen Ländern, die rassisierte und vergeschlechtliche Arbeitskräfte in privaten Haushalten ausbeuten. Ebenso werden sexuelle Ausbeutungsverhältnisse als Teil einer sexistischen Verachtungsstruktur begriffen. Wenngleich aktuelle Forschungsergebnisse darauf hinweisen, dass rassistische Verachtung gegenwärtig stärker wirtschaftlich motivierten Ausbeutungspraktiken gewichen sei (Zeuske 2013), spielen rassisierende und ethnisierte Dimensionen nach wie vor eine zentrale Rolle weltweit, wenn die Verteilung versklavter und extrem ausgebeuteter Menschen in den Blick genommen wird. Daran anschließend stellen sich folgende Fragen: Welche Kulturen und Strukturen der Verachtung bestehen und wie sind sie miteinander verknüpft? Wie verzahnen sich vergeschlechtlichte und rassisierende Verachtungslogiken? In welchen sozialen Kontexten wird Verachtung praktiziert? Wie lässt sich dies konzeptionell fassen?

Wir wollen auch individuellen und kollektiven Widerstand in den Blick nehmen. Vor dieser Perspektive stellen sich folgende Fragen: Welche Strategien und Praktiken entwickeln ausgebeutete Menschen, Gewerkschaften oder supranationale Organisationen, soziale Bewegungen und NGOs, um Ausbeutung und Sklaverei zum Gegenstand internationaler Debatten zu machen? Inwiefern werden sie ein- oder ausgeschlossen, wenn Arbeitsgesetze verhandelt werden, etwa in Verhandlungen zu Freihandelsabkommen? Mit welchen Argumenten werden in diesen Verhandlungen arbeitsrechtliche Errungenschaften von Regierungen aufgegeben? Und inwiefern sind Regierungen selbst, da sie von Finanzrücksendungen der Migrierenden profitieren, oder durch Finanzgeschäfte sowie die Auslagerung von Dienstleistungen, in ausbeutende Arbeitsverhältnisse und Sklaverei verstrickt? Welche Konzepte eignen sich, die Verschränkung von Kapitalismus, Rassismus und Geschlecht sowie Widerstandspraktiken in diesen Bereichen und Schnittstellen zu fassen?

Recht

1970 wurde die Sklaverei weltweit offiziell beendet, als Oman als letztes Land dem rechtlichen Abkommen gegen Sklaverei beitrug. Doch gleichzeitig stieg seither die Zahl der versklavten und ausgebeuteten Menschen. Als Bedingungen dafür nennen Forschungsarbeiten Ignoranz (Bales/Soodalter 2009) sowie korrupte Regierungen im globalen Norden und Süden, die Zwangsarbeitsverhältnisse zulassen (Bales 2000). Es stellt sich daher die Frage, wie systematisch Rechtslücken geschaffen und offengehalten werden durch Wegschauen, Tolerieren und Profitieren von extremer Ausbeutung, nicht zuletzt durch die nur langsame Umsetzung internationaler Arbeitsgesetzgebung in nationales Recht. Welche Akteur_innen/Strukturen behindern die Durchsetzung der ILO-Konventionen? Wie fungieren Gewerkschaften, NGOs oder Soziale Bewegungen als Normen formende Akteur_innen, die an der Umsetzung internationalen Rechts in nationales Recht arbeiten? Inwiefern sind Frauen hier auch Akteurinnen und auf welche Weise können (inter-)nationale Arbeitsrechte und -organisationen als in sich vergeschlechtlichte Institutionen verstanden werden?

Um Sklaverei und Ausbeutung zu bekämpfen, arbeiten NGOs auch mit Unternehmen zusammen. Die daraus entstehenden Kooperationen sind häufig sektorspezifisch und basieren auf freiwilligen Vereinbarungen der Unternehmen. Welche Probleme, aber auch Möglichkeiten entstehen aus Kooperationen wie Public Private Partnerships oder im Rahmen von Corporate Social Responsibility zwischen NGOs und Unternehmen zur Förderung von Arbeitsrechten (Hertel 2010)? Inwiefern findet hier eine Privatisierung von Recht statt?

Mit extremer Ausbeutung und Sklaverei geht häufig auch ein Verlust der Bürger_innenrechte einher: Nach Bales (2000) ist „contract slavery“ (zum Beispiel die Verknüpfung eines Aufenthaltstitels mit einem Arbeitsvertrag und damit die unmittelbare Abhängigkeit von den Arbeitgeber_innen) die zweithäufigste Form moderner Sklaverei. Dies zeigt, dass es bei Sklaverei und extremer Ausbeutung auch um das ‚nackte Leben‘ bzw. um die Reduktion der Menschen auf ihre (Arbeitskraft-)Körper geht. Hier stellen sich folgende Fragen: Unter welchen Umständen gehen Menschen diese Verträge ein und wie werden sie beendet? Was bedeutet es für Bürger_innenschaft, wenn an die Stelle des Rechtsstaates private Akteur_innen treten, die nun über diese Rechte entscheiden (vgl. auch Andrijasevic 2010)?

Für das Schwerpunktheft sind Beiträge willkommen, die sich theoretisch und/oder empirisch mit Fragen auseinandersetzen und ein großes geographisches wie thematisches Spektrum abdecken können. Dazu können Theorien, z.B. zu Kapitalismus, zu Geschlechterverhältnissen, zu Körper, PostColonial Studies und der Citizenship gehören.

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Patricia Graf und Antonia Kupfer betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts (per E-Mail) bis zum **30. April 2015** an graf@tu-cottbus.de bzw. antonia.kupfer@tu-dresden.de oder redaktion@feminapolitica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert Frauen in und außerhalb der Hochschule. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Schwerpunktverantwortlichen laden auf der Basis der eingereichten Abstracts bis zum **8. Mai 2015** zur Einreichung von Beiträgen ein. Der Abgabetermin für die fertigen, anonymisierten Beiträge im Umfang von 35.000 bis max. 40.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen, Fußnoten, Literatur) ist der **31. Juli 2015**. Die Angaben zu den Autor_innen dürfen ausschließlich auf dem Titelblatt erfolgen. Alle Manuskripte unterliegen einem Double Blind Peer Review-Verfahren. Pro Beitrag gibt es ein externes Gutachten (Double Blind) und ein internes Gutachten durch ein Redaktionsmitglied. Gegebenenfalls kann ein drittes Gutachten eingeholt werden. Die Rückmeldung der Gutachten erfolgt bis **30. September 2015**. Die endgültige Entscheidung über die Veröffentlichung des Beitrags wird durch die Redaktion auf Basis der Gutachten getroffen.

Offene Rubrik Forum

Neben dem Schwerpunktthema bietet die Rubrik Forum die Gelegenheit zur Publikation von Originalmanuskripten aus dem Bereich geschlechtersensibler Politikwissenschaft, die zentrale Forschungsergebnisse zugänglich machen oder wissenschaftliche Kontroversen anstoßen. Vorschläge in Form von ein- bis zweiseitigen Exposé erbitten wir an die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de bis zum **30. September 2015**. Die endgültige Entscheidung wird auf der Basis des Gesamttextes getroffen.

Literatur

Andrijasevic, Rutvica, 2010: Migration, Agency, and Citizenship in Sex Trafficking. Houndmills.

Bales, Kevin (Hrsg.), 2000: New Slavery. A Reference Handbook. Santa Barbara/California.

Bales, Kevin/**Soodalter**, Ron, 2009: The Slave Next Door, Human Trafficking and Slavery in America Today. Berkeley.

Ehrenreich, Barbara/**Hochschild**, Arlie Russell, 2004 (Hrsg.): Global Woman: Nannies, Maids, and Sex Workers in the New Economy. New York.

Elson, Diane, 2007: The Changing Economic and Political Participation of Women. In Lenz, Ilse/Ulrich, Charlotte (Hrsg.): Gender Orders Unbound, 25-51.

Hertel, Shareen, 2010: The Paradox of Partnership: Assessing New Forms of NGO Advocacy on Labor Rights. In: Ethics and International Affairs 24 (2), 171–189.

ILO, 2014: Profits and Poverty: The Economics of Forced Labour. Genf.

Ngai, Pun, 2005: Made in China. Women Factory Workers in a Global Workplace. Durham, London.

Sassen, Saskia, 2003: Strategic Instantiations of Gendering in the Global Economy. In: Kramer, Helgard/Naegele, Roger (Hrsg.): Geschlechterarrangements in globaler und historischer Perspektive. Heidelberg, 143-159.

Wichterich, Christa/**Menon-Sen**, Kalyani, 2009: Trade Liberalisation, Gender Equality, Policy Space. The Case of the Contested EU-India FTA. Brüssel.

Wirz, Albert, 1984: Sklaverei und kapitalistisches Weltsystem. Frankfurt/M.

Young, Brigitte, 1998: Genderregime und Staat in der globalen Netzwerk-Ökonomie. In: Prokla 28 (2), 175-198.

Zeuske, Michael, 2013: Handbuch der Geschichte der Sklaverei, Berlin.

Femina Politica

<http://www.femina-politica.de>

<http://www.budrich-journals.de/index.php/feminapolitica>

<https://de-de.facebook.com/FeminaPolitica>

Kontakt: redaktion@femina-politica.de